

Verband des Bündner Staatspersonals
Federaziun dal persunal dal chantun Grischun
Associazione del personale statale dei Grigioni



Jahresbericht 2011

Graubünden im Umbruch

Vorwort des Präsidenten



In Graubünden findet derzeit eine breite Diskussion über die staatlichen Strukturen statt. Im Vordergrund stehen dabei eine Gemeinde- und Gebietsreform. Mit rund 180 Gemeinden, 39 Kreisen, 11 Bezirken, 13 Regionalverbänden und über 400 Formen der interkommunalen Zusammenarbeit ist unser Kanton heute überstrukturiert. Der Grosse Rat und die Regierung wollen daher die Anzahl Gemeinden bis im Jahr 2020 auf unter 100 Gemeinden und langfristig auf unter 50 Gemeinden reduzieren. Die mittlere staatliche Ebene sollen 8 bis 11 Regionen bilden. Diese sollen die heutigen Bezirke und Regionalverbände umfassen bzw. ablösen.

Ich erachte die vorgesehene Gemeinde- und Gebietsreform als sinnvoll und notwendig. Solche Prozesse sind jedoch äusserst komplex und für alle Beteiligten anspruchsvoll. Dabei werden - wie Erfahrungen aus anderen Kantonen belegen - die Bedürfnisse und Interessen der öffentlichen Angestellten häufig vernachlässigt. Solche Versäumnisse sind für die angestrebten Strukturreformen nicht förderlich. Die Mitarbeitenden, aber auch deren Personalverbände, sind in solche Reformprozesse frühzeitig einzubinden. Wichtig ist dabei eine rechtzeitige Information der Mitarbeitenden über die Ziele und Grundsätze der angestrebten Reformen. Dies gilt vor allem für die personalrelevanten Aspekte. Für den Erfolg dieser Strukturreformen ist die Mitwirkung der Mitarbeitenden mitbestimmend. Insbesondere bei grösseren Gemeindefusionen stehen für die Mitarbeitenden die Arbeitsplatzsicherheit, die Ausgestaltung neuer Arbeitsverträge, die Pensionskassenregelung usw. im Vordergrund. Kanton und Gemeinden müssen daher gemeinsam eine Ombudsstelle schaffen, an die sich ratsuchende Mitarbeitende wenden können. Dieses Vorgehen hat sich bei den Gemeindefusionen im Kanton Glarus bewährt und muss auch für Graubünden wegweisend sein.

Schiers, 15. Februar 2012

Gion Cotti, Präsident VBS

Prioritäre Sachgeschäfte

1. Kantonale Pensionskasse

Die Kantonale Pensionskasse wies Ende 2010 einen Deckungsgrad von 99,2 Prozent aus. Aufgrund versicherungstechnischer Berechnungen benötigt die Kasse jedoch Wertschwankungsreserven von 15 Prozent. Daher ist die Kantonale Pensionskasse erst ab einem Deckungsgrad von 115 Prozent vollständig ausfinanziert und kann den Versicherten Leistungsverbesserungen gewähren.

Anfang April gelangte der VBS mit einer Eingabe an die Regierung und wies darauf hin, dass die Kantonale Pensionskasse seinerzeit nur zu 100 Prozent ausfinanziert worden ist. Nach Einschätzung des VBS werde die Kasse daher bis Ende 2015 nicht in der Lage sein, die nötigen Reserven und längerfristig freie Mittel aufzubauen. Nötig seien flankierende Massnahmen, um den Handlungsspielraum der Pensionskasse im Anlagebereich zu erhöhen und damit verbunden den Erfolg der Ausfinanzierung längerfristig zu sichern. Die Regierung wurde daher angefragt, welche Massnahmen sie vorsehe, um die Rahmenbedingungen der Pensionskasse zu verbessern.

In ihrer Antwort von Anfang Mai teilte die Regierung die Auffassung des VBS, wonach die nötigen Wertschwankungsreserven aufgebaut werden müssen. Sie sieht aber derzeit keine Möglichkeit, dass seitens der Arbeitgeber weitere finanzielle Mittel bereit gestellt werden. Die Regierung stellte aber in Aussicht, anlässlich der geplanten Totalrevision des Pensionskassengesetzes eine befristete Verlängerung der Staatsgarantie in der heutigen Ausgestaltung zu prüfen.

Die derzeitige Staatsgarantie kommt in zwei Fällen zum Tragen, nämlich bei einer Fusion der Kasse oder bei deren Zahlungsunfähigkeit. Es handelt sich somit um eine bis 2015 befristete Ausfallgarantie. Der VBS nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Regierung bereit ist, eine Verlängerung dieser Staatsgarantie zu prüfen. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben. Anlässlich der Revision des Pensionskassengesetzes ist verbindlich aufzuzeigen, wie die erforderlichen Wertschwankungsreserven aufgebaut werden. Darauf haben die Versicherten einen berechtigten Anspruch.

2. Immobilienstrategie des Kantons

Die Regierung hat Ende September 2009 den Bericht zur Immobilienstrategie des Kantons verabschiedet. Demzufolge soll - nach der teilweise bereits realisierten Zusammenlegung von kantonalen Verwaltungseinheiten in den Regionen - auch eine Standortkonzentration in Chur erfolgen. Der Grosse Rat hat den Bericht zur Immobilienstrategie des Kantons in der Dezember-Session 2009 beraten und sich für das Projekt «sinergia» ausgesprochen.

Ende Juni 2011 hat die Regierung dem Grossen Rat die Botschaft zum Projekt «sinergia» unterbreitet. Demzufolge soll in einer ersten Etappe in Chur West ein neues Verwaltungsgebäude mit rund 400 Arbeitsplätzen gebaut werden. Hiefür ersuchte die Regierung den

Grossen Rat, einem Verpflichtungskredit von brutto 69 Mio. Franken zuzustimmen. In der Oktober-Session 2011 genehmigte der Grosse Rat mit deutlichem Mehr den Neubau dieses Verwaltungsgebäudes und gewährte gleichzeitig den erforderlichen Verpflichtungskredit. Über diesen Kredit von brutto 69 Mio. Franken wird das Bündner Stimmvolk am 11. März 2012 befinden.

Die Festlegung der strategischen Vorgaben im Immobilienbereich ist - wie der Vorstand verschiedentlich betont hat - eine Aufgabe der Politik. Daher hat sich der VBS im Vorfeld der Volksabstimmung vom 11. März 2012 weder für noch gegen das Projekt «sinergia» ausgesprochen. Bei einer Realisierung dieses Projekts sind jedoch berechnete Anliegen der Mitarbeitenden zu berücksichtigen. Dies gilt namentlich für die Ausgestaltung der Büroräumlichkeiten. In diesem Sinn wird der VBS bei einer Zustimmung des Stimmvolks zum Verpflichtungskredit weiterhin konstruktiv bei der Realisierung des neuen Verwaltungsgebäudes mitwirken und in den massgebenden Gremien die Interessen des Staatspersonals vertreten.

3. Delegiertenversammlung des Zentralverbandes

Die 97. Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Öffentliches Personal Schweiz fand am 13. Mai 2011 in Chur statt. Organisiert wurde dieser Anlass vom VBS. Begrüsst wurden die rund 90 Delegierten von ZV-Präsident Urs Stauffer. Grussbotschaften überbrachten aber auch Regierungsrat Hansjörg Trachsel, Stadtrat Roland Tremp und VBS-Präsident Gion Cotti.

Der Zentralverband als Dachverband des kantonalen und kommunalen Personals vertritt über 25'000 Mitglieder in ihren beruflichen Interessen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Öffentliches Personal Schweiz wurde 1914 als Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal Schweiz gegründet. Der Zentralverband ist die Dachorganisation von rund 100 kantonalen und kommunalen Personalverbänden und somit schweizweit tätig. Kernziel ist die Vertretung seiner Mitgliederverbände und deren Mitglieder. Wichtigstes Element ist die personalrechtliche Unterstützung der ZV-Sektionen bei der Durchsetzung personalrelevanter Interessen. Unterstützend tätig wird der Zentralverband namentlich bei der Revision von Personalerlassen oder der Neugestaltung von Pensionskassenreglementen. Öffentliches Personal Schweiz verfolgt aber auch Entwicklungen auf nationaler Ebene und setzt sich für die Erhaltung eines guten Service Public ein.

Themenschwerpunkte der Delegiertenversammlung in Chur bildeten die Arbeiten der einzelnen Ressorts, die Einführung eines neuen Auftritts des Zentralverbandes sowie die aktuelle weltpolitische Lage aufgrund der Ereignisse in Ägypten, Lybien und Japan. Das Tagungsreferat von Nationalrat Andreas Hämmerle befasste sich denn auch mit diesen Entwicklungen auf internationaler Ebene.

4. Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

Das Schweizer Stimmvolk befindet am 11. März 2012 über die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle». Diese Initiative will allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jährlich einen Anspruch auf mindestens sechs Wochen Ferien gewähren. Bei einer Annahme der Initiative erfolgt der Übergang zu sechs Wochen Ferien gestaffelt. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten sofort einen Anspruch auf eine fünfte Ferienwoche. Danach erhöht sich der Anspruch jährlich um einen Tag. Sechs Wochen Ferien werden so erst fünf Jahre nach Inkrafttreten der neuen Verfassungsbestimmungen erreicht.

- *Würdigung der Initiative.* Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten klare Produktivitätsfortschritte gemacht. Daran sind auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen. Längere Ferien können durchaus einen Beitrag dazu leisten. Ferien bedeuten Lebensqualität. In ganz besonderer Weise gilt dies für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nur in den Ferien länger mit ihren Kindern zusammen sein können. Ferien dienen auch der Erholung und damit der Gesundheit. Davon profitiert - zumindest indirekt - auch der Betrieb. Gemäss einer vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) in Auftrag gegebenen Studie fühlen sich rund ein Drittel der Erwerbstätigen in der Schweiz häufig oder sehr häufig gestresst. Dies sind sieben Prozent mehr als noch im Jahr 2000. Das Erleben von Stress hängt laut dieser Studie unter anderem mit Zeitdruck, dem Erledigen von Arbeitsaufgaben in der Freizeit und langen Arbeitstagen zusammen. Die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» hat - unter diesem Blickwinkel betrachtet - durchaus ihre Berechtigung.

Das Obligationenrecht sieht bloss einen minimalen Ferienanspruch vor. Es bleibt den Vertragsparteien und insbesondere auch den Sozialpartnern überlassen, sich auf längere Ferien zu verständigen. Formal gesehen ändert die Initiative nichts daran, denn auch die vorgeschlagenen sechs Wochen Ferien verstehen sich bloss als Mindestanspruch. Im praktischen Ergebnis dürfte die Sache aber ganz anders aussehen. Bei sechs Wochen Ferien ist es nämlich schwer vorstellbar, dass sich die Vertragspartner auf längere als im Gesetz vorgesehene Ferien verständigen. Dies könnte sich auf die Sozialpartnerschaft negativ auswirken. Der Spielraum für gesamtarbeitsvertragliche Abmachungen wird in dem Mass kleiner, als die Vertragsfreiheit bereits von Gesetzes wegen Einschränkungen erfährt. Mehr Ferien bei unveränderter Arbeitsproduktivität wirken sich nur dann positiv auf die Gesundheit aus, wenn der Arbeitgeber aufgrund der längeren Ferien zusätzliches, qualifiziertes Personal einstellt. Andernfalls drohen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Stress und längere Arbeitszeiten, wenn sie nach den Ferien wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Schliesslich sind Ferien für eine erfolgreiche Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur ein Element unter vielen. Für zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind andere Gesichtspunkte - wie beispielsweise die Möglichkeit von Teilzeitbeschäftigung oder eine gute Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit - ebenso wichtig.

- *Standpunkt des Vorstandes.* Ferien sind nicht die einzige Möglichkeit, Produktivitätsfortschritte an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterzugeben. Dazu gehören auch höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten oder ein attraktives Arbeitsumfeld mit Kinderbetreuungseinrichtungen. Für die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» gibt es gute Gründe. Ebenso lassen sich begründete Argumente gegen die Initiative anführen. Daher hat der VBS-Vorstand Stimmfreigabe zu diesem Volksbegehren beschlossen.

5. Pensioniertenausflug

Der traditionelle Pensioniertenausflug für die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons führte dieses Jahr an den Zürichsee. Am Morgen ging es mit dem Postauto via Pfäffikon und Meilen entlang dem Seeufer bis zum Bürkliplatz in der Stadt Zürich. Dort hiess es auf das Schiff umsteigen. Auf der gemütlichen Schifffahrt von Zürich nach Pfäffikon mit der «MS Panta Rhei» konnten bei Kaffee und Gipfeli erste Kontakte geknüpft und alte Erinnerungen aufgefrischt werden. In Pfäffikon hiess es wieder auf das Postauto umsteigen. Von dort ging es zur «Plaza Event Hall», wo das Mittagessen serviert wurde. Nach diesem gemütlichen Beisammensein führte die Reise via Mühlehorn und Unterterzen zurück zu den Ausgangspunkten im Bündnerland.

Am letztjährigen Pensioniertenausflug, welcher Mitte September stattfand, haben rund 180 Personen teilgenommen. Finanziert wird dieser beliebte Anlass durch einen Kostenbeitrag der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie durch Beiträge des Kantons und der Kantonalen Pensionskasse. Am Pensioniertenausflug können daher nicht nur Verbandsmitglieder, sondern alle ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons teilnehmen.

Finanzen

I. Jahresrechnung Schlussbilanz per 31.12.2011

7

Konto		SOLL	HABEN
	AKTIVEN		
1001	Postkonto	29'620.14	
1002	E-Depositokonto	30'237.70	
1011	PC Deposito-Konto	135.80	
1012	Sparkonto GKB	33'120.63	
1020	Wertschriften	48'506.75	
1030	Guthaben Verrechnungssteuer	136.40	
1099	TA (Transitorische Aktiven)	2'800.00	
	Total	144'557.42	
	PASSIVEN		
2090	Verpflichtungskonto		19'723.00
2099	TP (Transitorische Passiven)		1'200.00
2100	Kapital		121'191.14
	Total		142'114.14
	Gewinn per 31.12.2011		2'443.28
	Total	144'557.42	144'557.42

Erfolgsrechnung pro 2011

Konto		SOLL	HABEN
	AUFWAND		
4000	Verbandsbeiträge	17'974.00	
4010	Vorstand	10'000.00	
4020	Versammlungen / Sitzungen	8'853.50	
4021	Reisespesen	0.00	
4030	Drucksachen / Büromaterial	9'500.10	
4040	Portokosten	1'940.70	
4050	Bank- / Postspesen	679.00	
4060	Gerichts- und Anwaltskosten	0.00	
4070	Werbung	2'256.95	
4090	Pensioniertenausflug	26'678.75	
4100	Steuern	834.00	
4200	Sekretariat	12'014.55	
4201	Internetauftritt	305.00	
4300	Rechtsschutzversicherung	8'890.55	
4400	Delegiertenversammlung ZV	1'518.60	
4900	Sonstiger Aufwand	143.50	
4910	Wertschriftenverlust	5'368.82	
	Total	106'958.02	
	ERTRAG		
6000	Mitgliederbeiträge Aktive		59'175.00
6001	Mitgliederbeiträge Pensionierte		16'170.00
6002	Mitgliederbeiträge Passive		225.00
6004	Beiträge Pensioniertenausflug		25'590.00
6200	Kapitalzinsen		940.25
6300	Sonstige Erträge		6'901.05
6301	Sponsoren		400.00
	Total		109'401.30
	Gewinn per 31.12.2011	2'443.28	
	Total	109'401.30	109'401.30

2. Revisorenbericht 2011

In Ausübung unseres Mandats haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung 2011 des Verbands des Bündner Staatspersonals (VBS) geprüft. Aufgrund unserer Kontrolle können wir bestätigen, dass:

- die Bilanz und die Erfolgsrechnung mit den Buchungsbelegen übereinstimmen,
- die Buchhaltung sauber und ordnungsgemäss geführt ist,
- die Aktiven und Passiven vollständig ausgewiesen sind.

Die Jahresrechnung schliesst wie folgt ab:

	Rechnung 2011	Budget 2011
Ertrag	Fr. 109'401.30	Fr. 126'000.00
Aufwand	Fr. 106'958.02	Fr. 128'100.00
Gewinn	Fr. 2'443.28	
Verlust		Fr. 2'100.00

Das **Verbandsvermögen** beträgt per 31. Dezember 2011 Fr. **123'634.42.**

Die Bewältigung der Aufgaben des Verbands verlangt stets grossen Einsatz und eine hohe Kompetenz seitens der verantwortlichen Organe. Wir können aufgrund unserer Prüfung bestätigen, dass die angefallenen Geschäfte sowohl seitens des Vorstands als auch des Sekretariats pflichtbewusst und fachmännisch erledigt worden sind. Besten Dank für die geleistete Arbeit.

Wir beantragen der Generalversammlung, die Jahresrechnung 2011 zu genehmigen und die verantwortlichen Vorstandsmitglieder zu entlasten.

Chur, 1. Februar 2012

Die Rechnungsrevisorinnen

Prisca Sgier

Therese Braschler

3. Voranschlag

	Rechnung 2010		Budget 2011	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Mitgliederbeiträge		78'480.00		80'000.00
Pensioniertenausflug		28'390.00		30'000.00
Kapitalzinsen		924.90		1'000.00
Sonstige Erträge		6'009.90		3'000.00
Wertschriftengewinne		25.95		2'000.00
DV ZV 2011 / Spons.				10'000.00
Verbandsbeiträge	17'727.00		19'000.00	
Vorstand	10'000.00		10'000.00	
Versammlungen	9'537.80		9'000.00	
Reisespesen	547.70		800.00	
DV ZV 2011			10'000.00	
Drucksachen	7'374.73		9'000.00	
Portokosten	1'835.95		3'000.00	
Post- / Bankspesen	735.60		800.00	
Gerichts/Anwaltskost.			5'000.00	
Werbung	176.00		2'000.00	
VBS Mitgliedertreffen			1'500.00	
Pensioniertenausflug	28'390.00		33'000.00	
Steuern	680.50		500.00	
Sekretariat	10'997.80		13'000.00	
Internetauftritt	593.00		500.00	
Rechtsschutzvers.	9'287.05		10'000.00	
Sonstiger Aufwand	3'236.00		1'000.00	
Wertschriftenverlust	1'820.84			
Mehreinnahmen	10'890.78			
Mehraufwand				2'100.00
	113'830.75	113'830.75	128'100.00	128'100.00

Rechnung 2011		Budget 2012		Budget 2013	
Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	75'570.00		80'000.00		80'000.00
	25'590.00		30'000.00		30'000.00
	940.25		1'000.00		1'000.00
	6'901.05		3'000.00		5'000.00
	400.00		2'000.00		
17'974.00		18'000.00		18'000.00	
10'000.00		10'000.00		10'000.00	
8'853.50		9'000.00		10'500.00	
		600.00		600.00	
1'518.60					
9'500.10		8'000.00		9'000.00	
1'940.70		2'000.00		2'000.00	
679.00		800.00		800.00	
		5'000.00		5'000.00	
2'256.95		2'000.00		2'000.00	
		1'500.00			
26'678.75		30'000.00		30'000.00	
834.00		500.00		500.00	
12'014.55		14'000.00		14'000.00	
305.00		500.00		500.00	
8'890.55		10'000.00		10'000.00	
143.50		1'000.00		1'000.00	
5'368.82					
2'443.28		3'100.00		2'100.00	
109'401.30	109'401.30	116'000.00	116'000.00	116'000.00	116'000.00

4. Bemerkungen zur Jahresrechnung 2011 und zum Voranschlag 2013

Die Jahresrechnung 2011 schliesst mit einem Gewinn von rund 2'400 Franken ab. Veranschlagt worden waren Mindereinnahmen von rund 2'100 Franken. Dieses erfreuliche Ergebnis ist hauptsächlich auf die nicht beanspruchten Mittel von 5'000 Franken für Gerichts- und Anwaltskosten zurückzuführen. Mehreinnahmen von rund 3'900 Franken resultierten sodann bei der Position «Sonstige Erträge». Massgebend für dieses Ergebnis waren Provisionen verschiedener Versicherungen.

Auf der Ausgabenseite sind beim Pensioniertenausflug Minderausgaben von rund 6'300 Franken zu verzeichnen. Dies ist hauptsächlich auf die günstigen Reisekosten zurückzuführen. Bei den Wertschriften resultierte sodann ein Buchverlust von rund 5'400 Franken. Dieser Verlust ist von der Bündner Kantonalbank aufgrund der aktuellen Marktbewertung per Ende 2011 ermittelt worden.

Der Voranschlag 2013 ist auf Grundlage der Jahresrechnung 2011 erstellt worden und sieht Mehreinnahmen von rund 2'100 Franken vor.

Mitgliederbestand, Organisation und Kommissionen

I. Mitgliederbestand

Der VBS zählte Ende 2011 rund 1'890 Mitglieder. Dies entspricht dem Mitgliederbestand des Vorjahres. Leicht abgenommen hat die Anzahl der Aktivmitglieder, während bei den pensionierten Mitgliedern eine Zunahme verzeichnet werden konnte. Ende November hat das Ressort Werbung wiederum eine breit angelegte Werbekampagne lanciert. Neumitglieder, welche im Dezember 2011 und Januar 2012 dem VBS beigetreten sind, nahmen wie im Jahr 2010 an der Verlosung attraktiver Preise teil. Dadurch konnten rund 100 Mitarbeitende als Verbandsmitglieder angeworben werden.

Mitgliederbestand	31. Dezember 2011	31. Dezember 2010
Aktivmitglieder	1'358	1'381
Passivmitglieder	8	4
Pensionierte Mitglieder	524	505
Ehrenmitglieder	3	3
Total	1'893	1'893

2. Ehrenmitglieder

- Martin Accola, Präsident von 1986 bis GV 1991
- Albert Vanoni, Präsident von 1991 bis GV 2000
- Georg Zimmermann, Präsident von 1979 bis GV 1986

3. Vorstand

Seit der letzten Generalversammlung vom 7. Mai 2010 setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

<i>Funktion / Name</i>	<i>Ressort</i>	<i>Dienststelle und Funktion</i>
<hr/>		
Präsident		
Gion Cotti	Kommunikation	Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement, juristischer Mitarbeiter
<hr/>		
Vizepräsident		
Andreas Cabalzar	Stabsfunktion	Amt für Natur und Umwelt, Abteilungsleiter Natur und Landschaft
<hr/>		
Mitglieder		
Richard Atzmüller	Dienstleistungen	Amt für Raumentwicklung, Leiter Abteilung Richtplanung und Grundlagen
Maria Pfister	Finanzen	Amt für Justizvollzug, Justizvollzugsanstalt Realta, Leiterin Verwaltung / Ökonomie
Josef Senn	Pensioniertenwesen	Senior
Peter Stirnimann	Werbung und Homepage	Tiefbauamt, Leiter Technischer Dienst / Langsamverkehr
Reinhard Stoffel	Veranstaltungen	Tiefbauamt, Abteilung Strassenbau, Zeichner-Konstrukteur
Marco Wieland	Recht und Versicherungen	Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement, Leiter Rechtsdienst

Die Protokolle der Vorstandssitzungen bzw. der Generalversammlung werden abwechselungsweise von Maria Pfister und Marco Wieland verfasst.

4. Sekretariat

Das Sekretariat wird in Teilzeitarbeit von Elsbeth Cabalzar-Schellenberg geleitet. Zu den Aufgaben des Sekretariats gehören hauptsächlich das Führen der Verbandsbuchhaltung, das Erledigen des Zahlungs- und Rechnungswesens sowie die Adressverwaltung der Mitglieder, das Melden von Mitglieder Mutationen an den Zentralverband und der Versand der Mitglieder ausweise, Rechnungen und weiterer Unterlagen an die Neumitglieder. Zudem ist das Sekretariat zuständig für den Telefon- und E-Mail-Verkehr des VBS und die Verwaltung des Materialbestands. Administrativ ist das Sekretariat dem Präsidenten und fachtechnisch der Finanzchefin unterstellt.

5. Rechnungsrevisorinnen und -revisoren

Für die laufende Amtsperiode hat die Generalversammlung folgende Revisorinnen bzw. folgenden Revisor gewählt:

- Therese Braschler, Stv. Leiterin Administration beim Amt für Wald und Naturgefahren
- Livio Carloni, Sachbearbeiter Stipendien beim Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
- Prisca Sgier, Steuerkommissärin bei der kantonalen Steuerverwaltung

6. Kommissionen

In der kantonalen Personalkommission ist der VBS mit drei Mitgliedern vertreten. In diesem Gremium nehmen als Vertreter des VBS Richard Atzmüller, Gion Cotti und Peter Stirnimann Einsitz. Als stellvertretende Mitglieder amten Maria Pfister und Marco Wieland.

In der Verwaltungskommission der Kantonalen Pensionskasse vertritt Andreas Cabalzar die Interessen des Personals. Gleichzeitig amtet er auch als Vizepräsident der Kommission.

Zusammenarbeit mit dem Zentralverband und anderen Personalverbänden

I. Zentralverband

Der Zentralverband Öffentliches Personal Schweiz hat - neben der Delegiertenversammlung in Chur - zwei weitere Anlässe organisiert. Ende März fand in Luzern eine Präsidentenkonferenz der ZV-Sektionen statt. Mitglieder der Geschäftsleitung orientierten die Anwesenden über das neue Corporate Design, über Versicherungsfragen sowie über das Thema Gemeindefusionen. Gegenstand der Tagung bildeten aber auch die Mitgliederwerbung sowie die Neugestaltung der ZV-Informationen. Anfang November hat der Zentralverband in Brunnen die jährliche Fachtagung abgehalten. Diese Tagung widmete sich dem Thema «Kommunikation». Angesprochen wurden Fragen im Zusammenhang mit Vorstellungsgesprächen, Arbeitszeugnissen, Mitarbeitergesprächen sowie Leistungslohn bzw. Leistungsanreize. Der VBS war an beiden Anlässen vertreten.

2. Bündner und Glarner ZV-Sektionen

Die Präsidentenkonferenz der Bündner und Glarner ZV-Sektionen fand Mitte Oktober in Chur statt. Schwerpunktthema dieses Meinungsaustausches bildeten die Lohnverhandlungen 2012 sowie die teils unbefriedigende Situation bei den Pensionskassen. Aufgrund der teilweise angespannten Finanzlage der Kantone und Gemeinden wird der Spielraum für Lohnverbesserungen zunehmend enger. Gleiches gilt auch für die Vorsorgeeinrichtungen.

Angesprochen wurden aber auch die Schwierigkeiten, vakante Sitze in den Verbandsorganen neu zu besetzen. Diesbezüglich ist der VBS - wie wiederholt betont - für eine engere Zusammenarbeit mit den Bündner ZV-Sektionen offen. Dieser Anstoss muss aber von den betreffenden ZV-Sektionen selber ausgehen. Erst dann wird der VBS über die Modalitäten einer Zusammenarbeit verhandeln. Neben der Präsidentenkonferenz wurde das Verhältnis zwischen den Bündner und Glarner ZV-Sektionen auch bei anderen Treffen, namentlich durch den gegenseitigen Besuch der Generalversammlungen, gepflegt und gefördert.

104. Generalversammlung des VBS

Protokoll der 104. Generalversammlung des Verbands des Bündner Staatspersonals vom 8. April 2011, 18:00 Uhr bis 18:45 Uhr, im Restaurant Marsöl in Chur

1. Begrüssung

Präsident Gion Cotti eröffnet um 18.00 Uhr die 104. Generalversammlung des VBS und begrüsst die Mitglieder und Gäste sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Einen besonderen Gruss richtet er an Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli, Vorsteher des Bau-, Verkehrs- und Forstdepartements, an Werner Finck, Vorsteher des Personalamtes, und an Willi Berger, Direktor der Kantonalen Pensionskasse. Weiter gibt Gion Cotti bekannt, dass sich ZV-Präsident Urs Stauffer, ZV-Ehrenmitglied Rudolf Mittner, VBS-Ehrenmitglied Martin Accola und Vorstandsmitglied Marco Wieland sowie weitere Verbandsmitglieder und Gäste für die heutige Generalversammlung entschuldigt haben.

Am 30. Oktober 2010 ist VBS-Ehrenmitglied Anton Meuli im Alter von 91 Jahren verstorben. Anton Meuli hat den VBS von 1953 bis 1962 präsiert. Gion Cotti würdigt seine Tätigkeit und seinen Einsatz im Interesse des Staatspersonals und bittet die Anwesenden, sich zu einer Gedenkminute zu erheben.

Die persönliche Einladung zur 104. Generalversammlung wurde allen Mitgliedern fristgerecht zugestellt. Die Generalversammlung ist somit beschlussfähig. Anträge von Mitgliedern betreffend die Traktandenliste sind keine eingegangen und die vom Vorstand vorgeschlagene Traktandenliste wird von der Generalversammlung einstimmig genehmigt.

2. Wahl der Stimmzähler

Als Stimmzähler wird Andreas Cabalzar vorgeschlagen und gewählt.

3. Protokoll der Generalversammlung 2010

Das Protokoll der 103. Generalversammlung vom 7. Mai 2010 ist im Jahresbericht aufgeführt. Dieser Bericht wurde allen Mitgliedern zugestellt und das Protokoll konnte dort eingesehen werden. Die Anwesenden werden angefragt, ob Ergänzungen oder Erläuterungen gewünscht werden. Dies ist nicht der Fall und das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Der Präsident dankt Protokollführer Andreas Cabalzar für seine Arbeit.

4. Jahresbericht

Zusammen mit der Einladung ist auch der Jahresbericht, den der Präsident verfasst hat, den Mitgliedern zugestellt worden. In seinen ergänzenden Ausführungen geht der Präsident auf die Totalrevision der kantonalen Arbeitszeitverordnung ein. Er weist darauf hin, dass der VBS in seiner Vernehmlassung mehrere berechtigte und begründete Anliegen eingebracht hat. Die Regierung hat kein einziges dieser Begehren berücksichtigt. Zudem ist eine schlechtere und im Vollzug wenig praxistaugliche Lösung für die Erfassung der anrechenbaren Absenzeit bei Arztbesuchen und Therapien getroffen worden. Dies erfolgte ohne zwingende Gründe und gegen den Willen der Personalverbände und der meisten Dienststellen.

Der VBS hatte laut Gion Cotti in den letzten Jahren ein gutes Einvernehmen mit der Regierung. Personalfragen konnten sozialpartnerschaftlich und im konstruktiven Dialog erörtert werden. Dies führte in aller Regel zu tragfähigen Lösungen. Das Vorgehen bei der Erarbeitung der kantonalen Arbeitszeitverordnung bedeutete diesbezüglich einen Rückschritt. Der Präsident bekundet weiterhin seinen Willen zur Sozialpartnerschaft, unterstreicht aber gleichzeitig, dass der VBS durchaus kampferprobt ist. Laut Gion Cotti ist das Verhalten der Regierung mitbestimmend, ob der Verband den sozialpartnerschaftlichen Weg wählt oder die Konfrontation suchen muss. Ein obrigkeitliches Vorgehen wie bei der Erarbeitung der Arbeitszeitverordnung wird der VBS künftig jedoch nicht mehr hinnehmen.

Im Anschluss an die Ausführungen des Präsidenten orientiert Andreas Cabalzar die Anwesenden über die Belange der Kantonalen Pensionskasse. Dabei ergänzt er die im Jahresbericht enthaltenen Ausführungen. Anschliessend fragt er die Versammlung, ob weitere Erläuterungen zum Jahresbericht gewünscht werden. Dies ist nicht der Fall. Somit beantragt er der Versammlung, den Jahresbericht zu genehmigen. Diesem Antrag wird mit Applaus zugestimmt.

5. Jahresrechnung, Revisorenbericht und Déchargeerteilung

Die Jahresrechnung 2010 wird von Präsident Gion Cotti vorgestellt. Der Jahresabschluss weist einen Gewinn von Fr. 10'890.78 aus und das Verbandsvermögen beträgt per 31. Dezember 2010 Fr. 121'191.14.

Veranschlagt worden waren für das Jahr 2010 Mehreinnahmen von 2'600 Franken. Die Abweichung vom Budget beträgt somit rund 8'300 Franken. Nicht beansprucht werden mussten die bereitgestellten Mittel von 5'000 Franken für Gerichts- und Anwaltskosten. Mehreinnahmen von rund 3'000 Franken ergaben die Provisionen diverser Versicherungen. Das erfreuliche Rechnungsergebnis ist denn auch hauptsächlich auf diese beiden Positionen zurückzuführen.

Revisorin Prisca Sgier verliest anschliessend den Revisorenbericht 2010, welcher ebenfalls im Jahresbericht enthalten und von ihr und Rechnungsrevisor Livio Carloni unterzeichnet ist. Prisca Sgier stellt der Versammlung den Antrag, der Jahresrechnung 2010 zuzustimmen und dem Vorstand Décharge zu erteilen. Die Jahresrechnung, die Bilanz und der Revisorenbericht 2010 werden von der Generalversammlung in der Folge einstimmig genehmigt. Ebenso wird dem Vorstand Décharge erteilt.

6. Jahresbeiträge 2012 und Voranschlag 2012

Der Präsident betont, dass nach den guten Jahresabschlüssen der letzten Jahre kein Grund für eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge besteht. Daher beantragt er, die Höhe der Mitgliederbeiträge für das Jahr 2012 unverändert zu belassen, nämlich für Aktiv- und Passivmitglieder bei 45 Franken und für pensionierte Mitglieder bei 33 Franken. Diese Anträge werden von der Generalversammlung einstimmig genehmigt. Zustimmung findet auch der Voranschlag 2012, welcher Mehreinnahmen von 3'100 Franken vorsieht.

7. Umfrage und Verschiedenes

Präsident Gion Cotti gibt bekannt, dass der Pensioniertenausflug am 16. September 2011 stattfindet. Anschliessend lädt er zu Wortmeldungen aus der Versammlungsmitte ein. Davon wird kein Gebrauch gemacht.

Zum Schluss dankt Gion Cotti allen Anwesenden für die Teilnahme an der Generalversammlung. Ein besonderer Dank geht an die Vorstandsmitglieder, an die Mitglieder der Revisionsstelle und an die Leiterin des Sekretariats. Damit sind die statutarischen Geschäfte abgeschlossen.

Im Anschluss an die Generalversammlung findet eine Fragerunde mit Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli statt. Gion Cotti stellt ihm Fragen zur Person, zu seiner Funktion als neugewähltes Regierungsmitglied und zu den Schwerpunkten in seinem Departement. Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli gibt bereitwillig Auskunft und wird nach der Fragerunde von der Versammlung mit Applaus verabschiedet.

Chur, 8. April 2011

Der Aktuar

Andreas Cabalzar